Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 56. Mittwoch den 25. Februar 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Aufforderung zur Einreichung von Rechnungen.

Behufs alsbaldigen Abschlusses unserer Stadtcassenrechnung auf das Jahr 1890 richten wir hiermit an alle Gewerken und Unternehmer, welche in dem gedachten Jahre für unsere städtische Verwaltung oder für die Verwaltung eines der am 1. Januar 1891 angeschlossenen Vororte Arbeiten oder Lieferungen, abgesehen von den besonderer Verrechnung unterliegenden Neuanlagen, ausgeführt haben, die dringende Aufforderung, ihre Rechnungen, soweit dies noch nicht geschehen, ungesäumt und spätestens bis zum

1. März d. J.

bei uns einzureichen.

Leipzig, den 22. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 543. Dr. Georgi. Geißel.

Waldpflanzen-Verkauf.

Von dem städtischen Forstrevier Burgaue können in diesem Frühjahre durch den Revierverwalter Dietze in Forsthaus Burgaue, Post Leutzsch bei Leipzig, nachstehende Holzpflanzen zu den beigesetzten Preisen gegen Baarzahlung oder Nachnahme und vorherige Anmeldung bezogen werden:

Stückzahl	Holzpflanzen	Höhe cm	Preis pro Stück ℳ	Preis pro Stück ₰	Preis pro Hundert ℳ	Preis pro Hundert ₰
	I. Laubhölzer.					
2000	Eichen, Quercus pedunc.	125—150	—	—	15	—
400	Linden, Tilia parvifolia	400—500	1	25	100	—
1000	Eschen, Fraxinus excels.	300—400	—	75	60	—
1000	Ahorn, Acer pseudopl.	150—175	—	—	15	—
1000	Eschenbl. Ahorn, Acer negundo	150—200	—	—	10	—
300	Kastanien, Aesculus Hipp.	400—500	—	75	60	—
3000	Birken, Betula alba	300—400	—	30	25	—
1000	" " "	175—200	—	20	15	—
3000	Rothellern, Alnus glutinosa	250—300	—	—	15	—
1000	Weißbuchenbüsche, Carp.betula	100	—	30	25	—
1000	Lindenbüsche, Tilia parvifolia	100	—	30	25	—
3000	Eschenbl. Ahornsaat, Acer negundo	35—40	—	—	—	75
	II. Nadelhölzer.					
20000	Verschulte Fichten, Abies excels.	50	—	—	5	—
2000	" " "	60—70	—	—	10	—
1000	" " "	80	—	—	12	—
3000	" " mit Ballen, Abies excels.	100—125	—	50	40	—
1000	Verschulte Fichten, mit Ballen, Abies excels.	150—175	—	75	80	—
500	Verschulte Fichten, mit Ballen, Abies excels.	250—300	1	25	120	—

Leipzig, am 21. Februar 1891.

Des Raths Forstdeputation.

Die nächste Anmeldung der Ziehkinder hat wegen des auf den 27. dieses Monats fallenden Bußtages bereits

Donnerstag, den 26. Februar a. c.,
Nachmittags von 4—½6 Uhr

zu erfolgen.

Leipzig, den 24. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Hentschel. Hir.

Das für die Köchin Christiane Marie Henke aus Wernlage vom Gemeindevorstand in Kalkreuth unter Nr. 20 ausgefertigte Dienstbuch ist erhaltener Anzeige zufolge abhanden gekommen und im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 21. Februar 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 943. Bretschneider.

Nicolai-Gymnasium.

Aufnahmeprüfung der für Sexta angemeldeten Schüler Sonnabend, den 28. Februar, Vormittags 8 Uhr. Papier und Feder ist mitzubringen.

Leipzig, den 24. Februar 1891.

Prof. Dr. Otto Kaemmel,
Rector.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von Handlungslehrlingen, welche kommende Ostern in die Früh- oder Nachmittags-curse der Lehrlingsabtheilung eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit vom 2. bis mit 5. März, vormittags von 11 bis 12½ Uhr, womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale. Das letzte Schulzeugniss oder die Censurliste des Schülers ist bei dieser Gelegenheit vorzulegen.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus entgegengenommen, an welchem sich Handlungslehrlinge betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses für die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich. Schulgeld 10 ℳ.

Leipzig, im Februar 1891.

Carl Wolfrum, Director.

Der alte und der neue Curs.

Der Hauptunterschied zwischen der früheren und der jetzigen Politik in der inneren Reichsverwaltung scheint uns darin zu bestehen, daß die heutige Politik auf Ausgleichung der schroffen Parteigegensätze bedacht ist. Das ist der Sinn der Worte des Kaisers: „Wenn wir Schritte thun und arbeiten wollen zum Heil des Ganzen, so müssen wir auch immer das Ganze im Auge haben." Der Parteikampf im Deutschen Reiche hat sich auf historischer Grundlage entwickelt. Es standen sich gegenüber liberale und conservative Grundsätze bei der Gründung des Reiches. Die Vertreter der liberalen Grundsätze strebten einen Zustand an, welcher den Schwerpunct der politischen Entwickelung in das Parlament verlegte, der Bundesrath mit dem Kaiser sollten in der Hauptsache den Entscheidungen des Reichstages Folge leisten, also lediglich eine Executivgewalt im streng constitutionellen Sinne bilden. Dem widersetzten sich die Fürsten im Bunde mit der conservativen Partei und verlangten die Aufrechthaltung der monarchischen Vorrechte im Gegensatz zur Parlamentsherrschaft. Aus diesem Streit gestaltete sich die Verfassung des Norddeutschen Bundes, welche als ein Compromiß zwischen den liberalen und conservativen Grundsätzen anzusehen ist. Die Bundesverfassung, welche aus den Verträgen mit den süddeutschen Staaten hervorgegangen ist, hat die Verfassung des Norddeutschen Bundes in ihren Grundzügen auf das ganze Deutsche Reich übernommen und nur in soweit Abänderungen erfahren, als durch die November-Verträge bedingt waren. Auf dieser Grundlage hat sich der Reichsgedanke entwickelt, aber sofort erschien die Centrumspartei auf dem Plane, um das junge Reich unter die Herrschaft des Papstthums zu beugen. Der alte Gegensatz zwischen Kaiser und Papst, zwischen Fürsten- und Priesterherrschaft, welcher sich durch das Mittelalter hindurchzieht, lebte in anderer Form wieder auf; Pius IX. wollte die Schlußfolgerungen aus den Conciliesbeschlüssen über die Unfehlbarkeit und den Principat des Papstes über die Bischöfe ziehen, und die Centrumspartei übernahm die Aufgabe, die Rolle als Vollstreckerin des päpstlichen Willens in Deutschland auszufüllen. Daraus erwuchs der Kampf zwischen Staat und Kirche, welcher unter dem Namen des Culturkampfes in die Jahrbücher der Geschichte eingetragen ist. Es war ein heißer Kampf, und es schien eine Zeit lang, als ob der Staat den Sieg über die Kirche davon tragen würde, aber das Ende des Streites hat gezeigt, daß diese Hoffnung vergeblich war, das Papstthum ist neugestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen, wenngleich es ihm nicht gelungen ist, sich das Deutsche Reich zu unterwerfen, die weltliche Macht des Kaisers besteht unabhängig von der geistlichen Macht des Papstes. Aber eine andere Folge hat dieser Kampf gehabt, und diese besteht in einer gegenseitigen Verbitterung der Parteien. Man hatte sich im Laufe der Zeit auf nationaler Seite an den Gedanken gewöhnt, daß die Mitglieder des Centrums Feinde des Deutschen Reiches seien. So wohl berechtigt auch diese Auffassung war, so führte sie doch zu einer Schroffheit des Parteigegensatzes, die besonders in Hannover und in den polnischen Landestheilen eine bedenkliche Lage zur Folge hatte. Sehr gelegen kam deshalb der im Februar 1878 eintretende Tod des Papstes Pius IX., weil er die Möglichkeit bot, mit seinem Nachfolger einen Ausgleich zu vereinbaren.

Inzwischen war aber eine andere Partei entstanden, welche nicht dem Reichsgedanken, aber dem Staate und der Gesellschaft feindlich gegenübertrat, die socialdemokratische. Die beiden Mordanschläge gegen Kaiser Wilhelm I. ließen nachdrückliche und umfassende Maßregeln zur Unterdrückung der gefährlichen Bewegung nöthig erscheinen, und so entstand neben der reichsfeindlichen Centrumspartei eine neue staatsfeindliche Partei, die socialdemokratische. Beide Parteien sind nicht willkürlich in die Kategorie der Reichsfeinde versetzt worden, sondern es bestanden thatsächliche Grundlagen für diese Bezeichnung, die Centrumspartei und die Socialdemokraten verdienten in vollem Umfange die Bezeichnung Reichsfeinde.

Seit dem Jahre 1879 ist die Reichsfeindschaft der Centrumspartei in eine Interessengemeinschaft mit den Vertretern des Großgrundbesitzes und der Großindustrie umgeschlagen, und der Kampf um die Macht der Kirche im Staate ist nur noch in Preußen weiter geführt, und auch dort nach weiteren acht Jahren am 10. Mai 1887 in der Hauptsache beendet worden. Daß die Partei auch jetzt noch ihre Ansprüche weiter verfolgt, zeigt die Ablehnung des Gesetzes über die Verwendung der gesperrten Staatszuschüsse für die Geistlichkeit und die neue, den Wünschen des Centrums mehr entsprechende Vorlage. Die beschränkte Fortführung des Kampfes in Bayern mag auch der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Seit der Secession des Jahres 1879, welche bei der Verhandlung über den neuen Zolltarif entstand, hat aber die Fortschrittspartei eine Oppositionsstellung eingenommen, welche ihr gleichfalls die Bezeichnung „Reichsfeinde" eintrug. Vielleicht wäre es besser gewesen, eine so schroffe Zurückweisung ihrer ja meist zu weit gehenden Opposition zu vermeiden, aber der Ansturm der Centrumspartei und der Socialdemokraten gegen das neue Reich war ein so heftiger, daß Bestrebungen, welche sich gleichfalls in Widerspruch mit den Reichsregierungen setzten, eine scharfe Ablehnung erforderten. Nachdem der Bundesrath einmal in die Kampfstellung hinein gedrängt war, nahmen die Parteiverhältnisse naturgemäß einen sehr schroffen Charakter an, und diese Schroffheit wurde getragen durch den Widerstand, welchen die Fortschrittspartei der nach Lage der auswärtigen Beziehungen nothwendig gewordenen Erhöhung der Wehrkraft entgegensetzte. Als im Jahre 1884 die Fortschrittspartei sich mit einem Theil der Secessionisten zur deutschfreisinnigen Partei verschmolz, war die Berechtigung zur Geltendmachung der alten liberalen Grundsätze, welche bei der Schaffung der Verfassung des Norddeutschen Bundes ins Hintertreffen gerietheu, so sehr bestritten, daß diese Neubildung auch in liberal gesinnten Kreisen entschiedenen Widerspruch erfuhr, dem wir jeder Zeit klaren und deutlichen Ausdruck gegeben haben.

Alle diese Kämpfe haben im Laufe der Zeit an Schärfe verloren, die Centrumspartei hat sich mehr und mehr den staaterhaltenden Parteien zugesellt, die Socialdemokraten haben eingesehen, daß sie den Zukunftsstaat nicht mit Gewalt aufrichten können und daß selbst der Verwirklichung ihrer Wünsche auf friedlichem Wege ganz bestimmte Grenzen gezogen sind. Die freisinnige Partei hat ihre Opposition so weit gemildert, daß sie die Vorlagen, welche das Reich nach außen hin sicher stellen, angenommen hat, und es ist der Zeitpunct eingetreten, welcher eine neue Parteigruppirung als wahrscheinlich erscheinen läßt. Schon bei den letzten Wahlen wurde als Hauptunterschied der Kämpfer ihre Stellung zur socialen Frage bezeichnet. Daraus ergab sich die Zweitheilung in Anhänger und Gegner der bestehenden Staatsordnung. Die oben angedeutete Entwickelung ist eine so durchgreifende und grundverschütternde, daß es sehr erklärlich ist, wenn die Parteien noch nicht zur vollen Klarheit ihrer Tragweite durchgedrungen sind. Aber daß eine Aenderung nothwendig ist, leuchtet ein. Wie sich diese Aenderung angebahnt hat, soll ein zweiter Artikel darthun.

Leipzig, 25. Februar.

* Bezüglich von Gerüchten über Aeußerungen des Kaisers wird dem „Hamburgischen Correspondenten" aus Berlin geschrieben: „Die Berichte über angebliche Aeußerungen des Kaisers bei Mahlzeiten und sonstigen Veranstaltungen sind mit größter Vorsicht aufzunehmen, da sich dieselben jeder Controle entziehen, so lange die Personen, denen gegenüber die citirten Aeußerungen gemacht sein sollen, nicht namhaft angeführt und jene somit in die Lage versetzt werden, Ungenauigkeiten zu dementiren. — Mittheilungen, die etwa mit den Worten eingeleitet werden — „Wie verlautet, soll sich der Kaiser verschiedenen Herren gegenüber, die er jüngst bei der und der Gelegenheit angetroffen hat, dahin geäußert haben, ..." — können von vornherein als solche bezeichnet werden, die jeder ernsten Beachtung unwürdig sind." Diese Bemerkungen dürften auch auf einen Pariser Bericht Bezug haben, nach welchem der Kaiser mit einem Botschafter sich eingehend über die Ursachen des Rücktritts des Fürsten Bismarck unterhalten haben soll. Daß die Gerüchte „unsinnig" seien, welche davon zu erzählen wußten, der Kaiser wolle den früheren Reichskanzler gerichtlich verfolgen lassen, brauchte nicht erst von Paris aus bestätigt zu werden.

* Der „Reichs- und Staats-Anzeiger" meldet: Wie wir zu unserer Freude vernehmen, sind die Störungen im Befinden des jüngstgeborenen Prinzen, Sohnes Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Majestäten, welche in den letzten Tagen zu Besorgnissen Anlaß gegeben haben, im Wesentlichen als gehoben zu betrachten.

* Die Reichstagscandidatur des Fürsten Bismarck im 19. hannoverschen Wahlkreis ist nach der „Nationalliberalen Correspondenz" trotz einer vorläufig ablehnenden Antwort noch nicht endgiltig aufgegeben.

* Im Anschluß an den Beschluß der Schulconferenz, betreffend die Förderung des Knabenhandfertigkeitsunterrichts in den höheren Lehranstalten, hatte der Abg. v. Schenckendorff in einer Eingabe an den Unterrichtsminister von Goßler den Weg bezeichnet, auf welchem dieser facultativ gedachte Unterricht nach seinem Dafürhalten allmälig den höheren Lehranstalten zugeführt werden könnte, und gleichzeitig diejenigen Schriften beigefügt, welche den erziehlichen Werth und die Art der Durchführung dieses Unterrichts an den höheren Lehranstalten behandeln. Darauf ist dem genannten Abgeordneten das nachstehende ministerielle Schreiben zugegangen:

Berlin, 19. Februar 1891. In Erwiderung der gefälligen Eingabe vom 28. Januar, betreffend die Förderung des Knaben-Handfertigkeits-Unterrichts in den höheren Lehranstalten, danke ich Ew. Hochwohlgeboren verbindlichst für die gefällige Mittheilung der der Eingabe beigefügten Schriften, von welchen ich wiederholt mit großem Interesse Kenntniß genommen habe. Ich habe Sorge getragen, daß die Schriften dem Ausschuß zur Vorbereitung der Schulreform zur Einsicht vorgelegt werden. von Goßler.

* Das „Deutsche Tageblatt" hatte ein Gedicht veröffentlicht, in welchem unter Bezugnahme darauf, daß der Abg. Richter bei der Verhandlung über die Kornzölle den Fürsten Bismarck angegriffen, „ein Deutscher" die Frage aufwarf: wo der Mund sei, der Richter niederwettere, und wo die Faust, die diesen Wicht zerschmettere". Das betreffende Gedicht hat der Staatsanwaltschaft Anlaß zur Einleitung eines Verfahrens auf Grund des §. 111 des Strafgesetzbuches (öffentliche Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung) gegeben. Das „Deutsche Tageblatt" erklärt, die dichterische Aufforderung sei nur bildlich gemeint gewesen; es wünscht Auskunft, „wer den Anstoß dazu gegeben hat, Herrn Eugen Richter, und zwar gerade unter den Umständen des vorliegenden Falles, den kräftigen Schutz des Gesetzes an die Seite zu stellen?" Die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Eugen Richter bemerkt dazu, daß Herr Richter erst aus dem „Deutschen Tageblatt" Kenntniß von dem Strafantrage erhalten habe. Im Uebrigen habe er im Laufe der Jahre schon ernsthaftere Bedrohungen von Seiten politischer Gegner erfahren, bisher habe aber der Staatsanwalt niemals von dergleichen Notiz genommen.

* Das amtliche Ergebniß der Reichstagswahl in Sonneberg-Saalfeld liegt jetzt vor. Es haben erhalten: Der Socialdemokrat Reißhaus 7103, der Deutsch-freisinnige Dr. Witte 5654, der Nationalliberale Dr. Hans Blum 3119 Stimmen, so daß zwischen den beiden Erstgenannten Stichwahl stattfindet. Bei den vorjährigen Wahlen wurden abgegeben im ersten Wahlgang 7215 socialdemokratische, 6512 deutschfreisinnige und 3848 nationalliberale, in der Stichwahl 8568 deutschfreisinnige und 8496 socialdemokratische Stimmen. Es hat sonach bei der jüngsten Wahl bei allen Parteien, am stärksten aber bei der freisinnigen, ein Rückgang der Stimmen stattgefunden. Die „Nationalliberale Correspondenz" erneuert die dringende Aufforderung an unsere Parteigenossen, trotz Allem, was geschehen, jetzt für den deutschfreisinnigen Candidaten ernstlich einzutreten.

* * *

* Die Vertrauensmänner der Deutschen in Böhmen erließen einen Wahlaufruf, in welchem ausgeführt wird, daß unzweifelhaft Thatsachen vorlägen, welche als bedeutungsvolle Anzeichen für eine neue Wendung und Gestaltung in der inneren Politik Oesterreichs angesehen werden müßten. Obwohl vorzeitige Hoffnungen nicht gerechtfertigt sein würden, so wäre es doch von Uebel, ohne Vertrauen der neuen Wandlung gegenüberzutreten. Die Deutschen in Böhmen würden trachten, die geänderte Ordnung zum Nutzen der Grundsätze des Deutschthums, des Fortschritts und der Staatseinheit zu verwerthen und gäben hiermit die Erklärung ab, daß sie an dem deutsch-böhmischen Ausgleiche vom 19. Januar 1890 unverbrüchlich festhalten und auf der Ausführung dieses Actes feierlichst verkündeten Staatsnothwendigkeit nachdrücklichst verharren würden, weil es für sie Ehrenpflicht sei, das gegebene Wort einzulösen. Der Inhalt des Ausgleiches treffe mit den nationalen Ueberzeugungen des deutschen Volkes in Böhmen zusammen. Der Aufruf fordert schließlich auf zur Vorsicht und zur Einigkeit in Treue für den Staat, für deutsches Volksthum und Fortschritt.

* In Norwegen hat das conservative Ministerium Stang am Montag in Folge Annahme einer von den Liberalen beantragten Tagesordnung zu dem Regierungsvorschlage, betreffend die Ordnung der diplomatischen Angelegenheiten, demissionirt. Die der Regierung gegnerische Mehrheit betrug 59 gegen 55 Stimmen.

* Der englische Unterstaatssecretair Fergusson erklärte es im Unterhause für unnöthig, die kleine, jetzt in Egypten befindliche Streitmacht zu vergrößern; auch die Verstärkung der Garnison in Suakim sei unnöthig. — Bei der Berathung des Militairetats beantragte Labouchere die Herabsetzung der Heeresstärke um 3320 Mann und zwar als Protest gegen die Besetzung Tokars und die dauernde Besetzung von Egypten. — Unterstaatssecretair Fergusson vertheidigte die Besetzung von Tokar als Schutz für Suakim. Dieselbe sei gleichzeitig geeignet, Handel und Industrie des östlichen Sudan, dessen Schlüssel es sei, zu beleben; ebenso werde die Besetzung Tokars den Landbau der Umgegend von Suakim günstig beeinflussen. Seitens der britischen Regierung seien Beweise genug erbracht, daß die Besetzung Egyptens nicht als permanent beabsichtigt sei; eine Zurückziehung der Truppen werde vielmehr erfolgen, sobald die Unabhängigkeit des Landes und eine gute Verwaltung desselben gesichert sei und die Gefahr einer fremden Besetzung nicht länger vorhanden wäre. Einen bestimmten Tag der Räumung festzusetzen, sei jedoch vollkommen unmöglich. — Am 20. d. machte die Cavallerie einen Recognoscirungsritt in der Richtung nach Temerin und stieß dabei auf einige Derwische. Dieselben berichteten, Osman Digma sei mit wenigen Reitern in der Richtung nach Kassala geflohen. Die Scheiks fast aller benachbarten Stämme haben ihre Unterwerfung angezeigt. Die Verbindung zu Lande ist mit Suakim, Akik und Erkowit wieder hergestellt. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet; die Zahl der verwundeten egyptischen Soldaten ist weit größer als ursprünglich angenommen wurde.

* Beide Gruppen der irischen Partei nahmen in Irland ihre Propaganda wieder auf. Parnell begab sich mit mehreren seiner Anhänger von Dublin nach Roscommon. Auf der Reise dahin fand er zumeist gute Aufnahme und hielt mehrere kurze Ansprachen. Er sagte u. A., das Geheimniß der Boulogner Unterhandlungen könne er nicht lüften, aber er und O'Brien hätten Alles gethan, was in ihrer Macht gestanden, um einen ehrenvollen Frieden zu sichern. Nachdem die Unterhandlungen zur Wiedervereinigung der irischen Partei gescheitert seien, müsse der Kampf fortgesetzt werden. Er werde eine scharf beobachtende Haltung einnehmen, bis er sehe, welche Lösung den Fragen der Polizei und des Landbesitzes in Irland geboten werde. In Roscommon wurden ihm Vertrauensadressen überreicht; dann hielt er an eine Massenversammlung von Pächtern und Landbewohnern eine Ansprache, in welcher er sich fast ausschließlich über die Unzulänglichkeit der von den liberalen Führern gemachten Zugeständnisse verbreitete. Er wäre neugierig, zu sehen, ob ein McCarthyaner den Muth haben würde, nach Irland zu kommen, um zu erklären, daß die Zusicherungen Gladstone's über die Polizei- und Landfrage befriedigend seien. Die Kundgebung der McCarthyaner in Carrick on Shannon, bei welcher Healy sprechen sollte, wurde von einem mit Knotenstöcken bewaffneten Haufen von Parnelliten verhindert, welche die Plattform stürmten und zertrümmerten. Healy flüchtete mit seinem Anhange nach einer benachbarten katholischen Capelle, wo er seine unterbrochene Rede fortsetzte.

* Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Rio de Janeiro von heute, daß die kürzlich ausgebrochenen Arbeiterausstände sich weiter ausbreiten und einen großen Schaden in dem geschäftlichen Verkehr verursachten. Die Stauer streiken noch immer, ebenso haben die Arbeiter der Centraleisenbahn die Arbeit eingestellt. Der Dienst bei derselben ist eingestellt. Die Streikenden verlangen in Folge der Preiserhöhung der Lebensmittel eine Lohnerhöhung.

Militairisches.

* Von einer Reiterübung auf dem Eise des Züricher Sees berichtet die „Neue Züricher Zeitung": Das kleine Reitergeschwader, aus Offizieren der Garnison Zürich bestehend, betrat an einem der letzten Sonntage in heiler und frischer Morgenstunde den See. Die Pferde beschritten anfänglich etwas zaghaft das Eis, bald aber schienen sie sich an dem Anblick der herrlichen, in heller Sonne schimmernden Rennbahn zu berauschen. Tänzelnd und drängend suchten sie sich dem Zügel zu entziehen, und als die Gesellschaft im Trabe sich seitwärts zuwandte, hatte mancher Reiter Mühe, sein Pferd, von dessen Temperament die häufige Reithalle nichts hatte ahnen lassen, in der Gangart zu bändigen. So ging es denn in fröhlicher Jagd der Sonne und dem Erholungspunct „Sonne" entgegen. Nach einem kurzen Bügeltrunk wurde der See gegen Rüschlikon zu durchquert und dann der Rückweg nach Zürich in flotter Gangart genommen. Das Eis knirschte und dröhnte unter dem Hufschlag der galoppirenden Pferde und in der Brust der Reiter klopften die Herzen vor Lust an dem fröhlichen Reiterstückchen.

Schulwesen.

Einkommen der Volksschullehrer in Sachsen.

D. Nicht blos in Lehrerkreisen, sondern auch in anderen weiten Kreisen wird anerkannt, daß die vom letzten Landtag in Verbindung mit der staatlichen Schulbehörde gesetzlich geforderte Erhöhung der Mindestgehalte der Lehrer von 840 auf 1000 ℳ für ständige und von 540 auf 600 ℳ für Hilfslehrer in Orten unter 5000 Einwohner völlig unzureichend sei und der gesellschaftlichen Stellung, zu welcher der Lehrer berechtigt ist, nicht entspreche. Denn in der That ist es nicht zu viel behauptet, daß ein Maurer oder Zimmermann und viele Fabrikarbeiter im Alter eines Hilfslehrers (21—24 Jahre) selbst bei längerer Arbeitslosigkeit im Winter mehr als 600 ℳ verdienen, oder, da es sich hier meist um Dorflehrer handelt, daß landwirthschaftliche Dienstboten bei richtiger Veranschlagung der freien Station sich mit ihrem Lohne besser stehen, als ein Hilfslehrer mit gesetzlichem Mindestgehalt. Nun ist zwar anzuerkennen, daß die Gehaltsbezüge der meisten Lehrer höher sind, als das Gesetz erfordert. Gerade darin ist aber ein Beweis zu finden, daß das Gesetz hinter dem thatsächlichen Bedürfniß weit zurückbleibt und daß es nothwendig ist, gegen solche Schulgemeinden, die für das Schulwesen nur das [illegible] Nöthige bewilligen wollen, einen gesetzlichen Zwang [illegible]. Mit einer geringen Aufbesserung ist den Lehrern nicht viel [illegible]; es muß vielmehr hier eine durchgreifende Aenderung eintreten und zwar sind es dreifache Wünsche, deren Erfüllung von der Lehrerschaft erstrebt wird [illegible]

[illegible]

[illegible] andere Gemeinde, welche die hohen Alterszulagen [illegible]